

Drucksache 20/721



Bundesministerium
der Justiz

Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

An die
Präsidentin des Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Benjamin Strasser MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Justiz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-strasser@bmj.bund.de

15. Februar 2022

Betr.: Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD
„Maßnahmen zur Reduzierung von Bürokratie auf Bundesebene“
– Bundestagsdrucksache 20/567 – vom 1. Februar 2022

Anlg.: – 1 –

Anliegend übersende ich die Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte
Kleine Anfrage.

Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner
und der Fraktion der AfD
„Maßnahmen zur Reduzierung von Bürokratie auf Bundesebene“
– Bundestagsdrucksache 20/567 –

Die damalige Bundesregierung gab im Jahr 2002 an, dass bis Mitte des Jahres auf „Bundesebene 2197 Gesetze mit 46779 Einzelvorschriften und 3131 Rechtsverordnungen mit 39197 Einzelvorschriften in Kraft gewesen“ (Bundestagsdrucksache 14/9993) seien. Bis Mitte des Jahres 2002 wurden in der laufenden Legislaturperiode 396 Bundesgesetze verabschiedet. Im selben Zeitraum seien 1379 Rechtsverordnungen des Bundes erlassen worden. Die Fragesteller interessiert, wie sich diese Anzahl seitdem entwickelt hat und ob Maßnahmen durch die jetzige Bundesregierung ergriffen werden sollen, die Regelungsdichte zu reduzieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die allgemeine Regelungsdichte in Deutschland zu verschlanken, Bürokratie abzubauen und die Verwaltung effizienter arbeiten zu lassen? Wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung und wenn nein, warum nicht?*

Die Verantwortung der Regierung gegenüber Parlament und Volk setzt notwendigerweise einen "Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung" der Bundesregierung voraus, der einen auch parlamentarisch grundsätzlich nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich einschließt (vergleiche Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen 67, 100 (139)). Dazu gehört zum Beispiel die Willensbildung der Regierung selbst, sowohl hinsichtlich der Erörterungen im Kabinett als auch bei der Vorbereitung von Kabinetts- und Ressortentscheidungen, die sich vornehmlich in ressortübergreifenden und -internen Abstimmungsprozessen vollzieht. Insbesondere bei konkreten Positionierungen vorgelagerten Willensbildungsprozessen der Bundesregierung handelt es sich um von verschiedenen Belangen, Erwägungen und Entwicklungen abhängigen Vorgängen, die den Bereich der Bundesregierung noch nicht verlassen und über den der Bundestag von Verfassungs wegen grundsätzlich noch nicht zu informieren ist. Eine Pflicht der Regierung, parlamentarischen Informationswünschen zu entsprechen, besteht danach in der Regel nicht, wenn die Information zu einem Mitregieren Dritter bei Entscheidungen führen kann, die in der alleinigen Kompetenz der Regierung liegen.

Diese Gefahr besteht bei Informationen aus dem Bereich der Vorbereitung von Regierungsentscheidungen regelmäßig, solange die Entscheidung noch nicht getroffen ist. So könnte ein so wesentlicher Teil einer politischen Entscheidung wie die Bestimmung des Zeitpunkts, zu dem sie fallen soll, der Regierung weitgehend aus der Hand genommen werden, wenn das Parlament schon vor diesem Zeitpunkt auf den Stand der Entscheidungsvorbereitung innerhalb der Regierung zugreifen könnte (vergleiche Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen 137, 185 (234) mit weiteren Nachweisen zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts).

Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag verabredet, die Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung gegenüber dem bisherigen Bürokratieaufwand zu entlasten. Überflüssige Bürokratie soll abgebaut werden. Die regierungsinternen Abstimmungen zu einzelnen Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen.

2. Wie hoch ist die Zahl der derzeit gültigen

a) Gesetze (nach Kenntnis der Bundesregierung),

b) Rechtsverordnungen und

c) Einzelvorschriften

auf Bundesebene, und wie hat sich diese seit dem Jahr 2010 entwickelt (bitte einzeln auflisten)?

Aus der Bundesrechtsdatenbank ergeben sich auf der Grundlage des vom Bundesministerium der Justiz herausgegebenen Fundstellennachweises A (Bundesrecht ohne Völkerrecht) folgende Zahlen, wobei es sich für 2022 um vorläufige Zahlen zum Stichtag 2. Februar 2022 handelt:

Geltung jeweils am 1. Januar des Jahres	Gesetze	Gesetze (Einzelnormen)	Rechtsverordnungen	Rechtsverordnungen (Einzelnormen)
2010	1.668	43.085	2.655	36.850
2011	1.623	42.948	2.636	36.958
2012	1.625	43.391	2.648	37.224
2013	1.647	43.777	2.681	37.927
2014	1.669	44.214	2.720	38.193
2015	1.671	44.522	2.754	38.484
2016	1.684	45.218	2.758	38.715
2017	1.670	46.198	2.691	38.994
2018	1.697	47.410	2.722	39.713
2019	1.702	47.712	2.731	39.798
2020	1.714	48.426	2.736	40.405
2021	1.738	49.370	2.800	41.823
2022	1.773	50.738	2.795	42.590

3. *Wie viele neue Gesetze (nach Kenntnis der Bundesregierung) und Rechtsverordnungen wurden in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedet bzw. sind in Kraft getreten (bitte nach Jahren auflisten)?*
4. *Wie viele Gesetze (nach Kenntnis der Bundesregierung) und Verordnungen wurden in der vergangenen Legislaturperiode außer Kraft gesetzt (bitte nach Jahren auflisten)?*

Die Fragen 3 und 4 werden gemeinsam beantwortet.

Aus der Bundesrechtsdatenbank ergeben sich auf der Grundlage des vom Bundesministerium der Justiz herausgegebenen Fundstellennachweises A (Bundesrecht ohne Völkerrecht) folgende Zahlen:

Jahr	Neue Gesetze	Außer Kraft getretene Gesetze	Neue Rechtsverordnungen	Außer Kraft getretene Rechtsverordnungen
2017 (ab 24. Oktober)	0	9	31	31
2018	10	7	87	69
2019	30	14	86	68
2020	37	14	149	91
2021 (bis 25. Oktober)	57	15	141	139

5. Wie bewertet die Bundesregierung das Verhältnis von außer Kraft gesetzten und in Kraft getretenen Gesetzen und Rechtsverordnungen?
6. Plant die Bundesregierung einen Abbau von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Einzelschriften auf Bundesebene, und wie begründet sie ihre Aussage?

Zur Beantwortung der Fragen 5 und 6 wird auf die Antwort der Frage 1 verwiesen.

7. Wie haben sich
 - a) der Behördenbestand,
 - b) die Anzahl der Abteilungen,
 - c) die Anzahl der Unterabteilungen in den Bundesministerien und
 - d) der Stellenbestand in der Bundesverwaltung

seit dem Jahr 2010 entwickelt (bitte nach Jahresscheiben auflisten), und welche Maßnahmen zur Regulierung in diesen Bereichen möchte die Bundesregierung treffen?

Zur Beantwortung der Fragen 7 a), b) und c) wird auf die nachfolgenden Übersichten verwiesen. Soweit Abteilungen keine Unterabteilungen aufweisen, werden sie nur in der Spalte „Anzahl der Abteilungen“ aufgeführt. Der Stellenbestand in der Bundesverwaltung (Frage 7 d)) ergibt aus den öffentlich zugänglichen Haushaltsplänen, konkret aus den Stellenplänen in den jeweiligen Einzelplänen der Ressorts.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion ist, bereits verfügbare Informationen durch die Bundesregierung zusammentragen und anschaulich aufbereiten zu lassen.

Zur Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung zur Regulierung in diesen Bereichen treffen möchte, wird auf die Antwort der Frage 1 verwiesen.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	6	9	23
2011	6	9	22
2012	6	10	26
2013	6	10	26
2014	6	10	29
2015	6	10	31
2016	6	10	31
2017	6	10	31
2018	6	10	31
2019	6	10	31
2020	6	10	33
2021	6	11	33
2022	6	12	35

Bundesministerium der Finanzen			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	64	9	25
2011	64	9	25
2012	64	9	24
2013	64	9	24
2014	64	9	25
2015	64	9	26
2016	58	9	26
2017	56	9	26
2018	56	9	26
2019	55	10	29 ¹
2020	53	11 ²	28
2021	53	11	30
2022	53	11	31 ³

Bundesministerium des Innern und für Heimat			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	16	11	9
2011	16	11	8
2012	16	11	8
2013	16	11	10
2014	16	11	10
2015	16	11	11
2016	16	11	11
2017	19	11	8
2018	20	11	8
2019	20	14	16
2020	20	14	19
2021	20	15	19
2022	19	13	14

¹ Bei gleichzeitiger Auflösung zweier ähnlicher Organisationseinheiten im Leitungsbereich.

² Davon eine einzügige Abteilung mit Ständigem Vertreter.

³ Organisatorische Integration der Bundesfinanzakademie.

Auswärtiges Amt			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	1	k.A. ⁴	k.A. ⁴
2011	1	k.A. ⁴	k.A. ⁴
2012	1	k.A. ⁴	k.A. ⁴
2013	1	k.A. ⁴	k.A. ⁴
2014	1	10	21
2015	1	10	21
2016	1	10	22
2017	1	10	24
2018	1	11	26
2019	1	11	28
2020	1	11	28
2021	2	11	28
2022	2	11	28

Bundesministerium der Justiz			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	3 ⁵	6	12
2011	3 ⁵	6	12
2012	3 ⁵	6	13
2013	3 ⁵	6	13
2014	3 ⁵	6	13
2015	3 ⁵	7	15
2016	3 ⁵	7	15
2017	3 ⁵	7	15
2018	3 ⁵	7	15
2019	3 ⁵	7	16
2020	3 ⁵	7	17
2021	3 ⁵	7	17
2022	3 ⁵	8 ⁶	19 ⁷

⁴ Beginn der Dokumentation der Organisationsstrukturen im Personalverwaltungssystem ab 1. Februar 2014.

⁵ Als Behörde wird hier auch der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof berücksichtigt.

⁶ Die Umstrukturierung durch den Übergang des Verbraucherschutzes / der Verbraucherpolitik auf BMUV ist noch nicht abgeschlossen.

⁷ Bei gleichzeitiger Auflösung zweier weitgehend gleicher Organisationseinheiten im Leitungsbereich.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	4 ⁸	8	17
2011	4 ⁸	8	17
2012	4 ⁸	7	17
2013	4 ⁸	7	17
2014	4 ⁸	7	17
2015	4 ⁸	7	17
2016	4 ⁸	7	17
2017	4 ⁸	7	17
2018	4 ⁸	7	17
2019	4 ⁸	8	17
2020	4 ⁸	8	17
2021	4 ⁸	8	17
2022	4 ⁸	9	16

Bundesministerium der Verteidigung			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	k.A. ⁹	11	39
2011	k.A. ⁹	11	39
2012	k.A. ⁹	11	39
2013	110	9	26
2014	107	9	26
2015	105	9	26
2016	99	9	26
2017	99	10	27
2018	98	10	27
2019	99	10	28
2020	99	10	28
2021	99	10	28
2022	99	10	28

⁸ Unter Einbeziehung des Bundesarbeitsgerichts und des Bundessozialgerichts.

⁹ Kurzfristige Abfragen über den gesamten Geschäftsbereich können nur mit Hilfe von Systemabfragen erfolgen. Da im Zuge der Neuausrichtung 2012 der gesamte Geschäftsbereich systemtechnisch neu erfasst wurde, können davor liegende Daten nicht kurzfristig ermittelt werden.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	8	7	13
2011	8	6	14
2012	8	6	14
2013	8	6	14
2014	8	6	14
2015	8	6	14
2016	8	6	14
2017	8	7	15
2018	8	8	16
2019	8	8	16
2020	8	8	16
2021	8	8	16
2022	8	8	16

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	2	6	7
2011	2	6	8
2012	2	6	8
2013	2	6	10
2014	2	6	10
2015	2	6	11
2016	2	6	11
2017	2	6	11
2018	2	6	11
2019	2	6	11
2020	2	7	12
2021	2	7	12
2022	2	7	12

Bundesministerium für Gesundheit			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	5	5	12
2011	5	5	13
2012	5	5	11
2013	5	5	11
2014	5	5	11
2015	5	6	11
2016	5	6	10
2017	5	6	10
2018	5	6	10
2019	5	7	12
2020	5	7	13
2021	4	8	15
2022	4	8	14

Bundesministerium für Digitales und Verkehr			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	68	9	23
2011	68	9	22
2012	69	9	22
2013	63	9	22
2014	63	9	22
2015	63	9	17
2016	62	9	17
2017	63	8	16
2018	64	8	16
2019	64	9	19
2020	50	9	19
2021	44	9	20
2022	44	9	20

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	3	6	16
2011	3	6	16
2012	3	6	16
2013	3	6	17
2014	5	9	20
2015	5	9	20
2016	5	9	21
2017	5	9	21
2018	5	9	21
2019	4	8	19
2020	4	8	20
2021	4	8	20
2022	4	9	22

Bundesministerium für Bildung und Forschung			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	0	8	12
2011	0	8	14
2012	0	8	14
2013	0	8	14
2014	0	8	14
2015	0	8	14
2016	0	8	14
2017	0	8	14
2018	0	8	14
2019	0	8	13
2020	0	8	13
2021	0	8	13
2022	0	8	13

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung			
Jahr (Stichtag 1. Januar)	Behörden des Geschäftsbereichs	Anzahl der Abteilungen	Anzahl der Unterabteilungen
2010	0	4	8
2011	0	4	9
2012	0	5	12
2013	0	5	12
2014	0	5	11
2015	0	5	12
2016	0	5	14
2017	0	5	14
2018	0	6	16
2019	0	6	17
2020	0	6	17
2021	0	6	17
2022	0	6	18

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 erfolgte die Gründung eines neuen Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Mit diesem Erlass wurde grundsätzlich die Übertragung von zwei bestehenden Abteilungen und einer Unterabteilung aus dem Bereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat in das BMWSB angeordnet. Das BMWSB befindet sich daher noch im Aufbau. Die Mitarbeitenden des neuen BMWSB sind grundsätzlich bis zu ihrer formellen Versetzung in das BMWSB Beschäftigte ihrer Ursprungshäuser, im Wesentlichen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI). Die Struktur und die Anzahl der Abteilungen und Unterabteilungen kann erst im weiteren Verlauf der Aufbauarbeiten angegeben werden.